

Antrag

Initiator*innen: BHA (dort beschlossen am: 09.11.2024)

Titel: Positionierung zur Stärkung der Demokratie
durch eine gerechtere Arbeitswelt

Antragstext

Der Bundeshauptausschuss 2024 möge den Antrag Positionierung zur Stärkung der Demokratie beschließen.

Positionierung zur Stärkung der Demokratie durch eine gerechtere Arbeitswelt

Das Kolpingwerk Deutschland ist ein generationsübergreifender, sozialer Verband, der sich für eine solidarische Gesellschaft einsetzt. Im Leitbild des Kolpingwerkes Deutschland heißt es: „Unser besonderes Augenmerk gilt den benachteiligten und hilfeschuchenden Menschen, die unserer Unterstützung bedürfen“. In Ziffer 22 des Leitbildes wird dies besonders deutlich: „KOLPING fördert politisches Engagement in Parteien, die die grundlegenden demokratischen Prinzipien und die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht in Frage stellen, und Parlamenten sowie andere Formen gesellschaftlicher Teilhabe. Darin sehen wir einen unverzichtbaren Beitrag zur verantwortungsbewussten Mitgestaltung unserer Gesellschaft.“ Und in Ziffer 51 des Leitbildes bekräftigt das Kolpingwerk Deutschland die „AKTIVE MITGESTALTUNG DER ARBEITSWELT:“

Deshalb blickt das Kolpingwerk Deutschland mit Sorge auf eine antidemokratische Entwicklung in Gesellschaft und Politik. Diese Entwicklung zeigte sich beispielsweise in den Wahlergebnissen der letzten Kommunal- und Landtagswahlen, aus denen die AfD gestärkt hervorgeht und damit bei jetzigen Wahlen die zweitstärkste Fraktion im Bundestag stellen könnte. Die AfD ist die Partei, die auf Bundesebene vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft werden darf, und diese Partei konnte Wahlerfolge verbuchen.

Das Kolpingwerk Deutschland fordert, von den demokratischen Parteien und ihren Akteur*innen und Entscheidungsträger*innen der verschiedenen Ebenen sich nicht nur in Statements gegen diese Entwicklung auszusprechen, sondern ihr politisches Handeln danach auszurichten, dass dieser antidemokratischen Entwicklung die Grundlage entzogen wird.

Das Kolpingwerk Deutschland als katholischer Sozialverband mit seinen Tätigkeitsfeldern in den Gremien der sozialen und handwerklichen Selbstverwaltung macht darauf aufmerksam, dass eine Grundlage für das Erstarken autoritärer Akteur*innen in Politik und Gesellschaft immer auch ökonomische Aspekte waren und sind. Mangelnde Chancengerechtigkeit, ungleiche Lastenverteilung, der Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten, die Kürzung von Sozialleistungen, empfundene oder faktische Benachteiligung und vieles mehr spielen über alle sozialen gesellschaftlichen Schichten hinweg antidemokratischen Akteuren und Strukturen in die Hände.

Das Kolpingwerk Deutschland ist sich bewusst, dass ökonomische Aspekte nicht die alleinige Grundlage für das Erstarken autoritärer Strömungen bilden, sondern auch antidemokratische Ideologeelemente, mangelnde politische Kommunikation, die Herausforderungen des Strukturwandels und auch der Migration in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und die Aufgaben in anderen Politikfeldern eine Rolle spielen. Dennoch muss die Wichtigkeit der ökonomischen Aspekte als Basis für eine funktionierende Demokratie hervorgehoben werden. Wir sind davon überzeugt, dass eine gerechtere Arbeitswelt auch den demokratischen Strukturen zugutekommt und den Demagogen und autoritären Charakteren eine Ihrer Grundlagen entzieht.

Das Kolpingwerk Deutschland fordert folgendes:

- Die Sozial- und Tarifpartnerschaft als ordnungspolitischer Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft, verliert seit Jahren an Bedeutung. Neben der Rückbesinnung auf die Stärken dieser Partnerschaft fordert das Kolpingwerk Deutschland die Ausweitung von Branchen- und Flächentarifen sowie die Stärkung des Instruments der Allgemeinverbindlicherklärung.
- Noch immer sind viele Betriebe und Unternehmen, insbesondere im Dienstleistungsbereich, ohne Betriebsrat. Betriebsräte leisten jedoch einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden und sorgen für vernünftige Arbeitsverhältnisse. Das Kolpingwerk Deutschland spricht sich dafür aus, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Gründung von Betriebs- und Personalräten - insbesondere in klein- und mittelständischen Betrieben - flexibilisiert/ vereinfacht werden.

- 59 • Das Kolpingwerk Deutschland fordert die konsequente Umsetzung des
60 Mindestlohns für alle (abhängig) Beschäftigten. Die Höhe des Mindestlohns
61 ist in Anlehnung an die Maßgaben der EU-Mindestlohnrichtlinie so zu
62 gestalten, dass die Beschäftigten angemessen Sorge für ihren
63 Familienunterhalt tragen können, dass sie für das Alter vorsorgen können
64 und das gesellschaftliche Teilhabe garantiert ist.
- 65 • Zeitarbeit und Werkverträge dürfen nicht gegen die Grundsätze der
66 katholischen Soziallehre / christlichen Gesellschaftslehre und gegen die
67 soziaethischen Grundlagen des Kolpingwerkes verstoßen. Sie ist nur dann
68 akzeptabel, wenn die in der jeweiligen Branche geltenden Tarifverträge
69 volle Anwendung auf die Beschäftigten in der Leiharbeit finden.
- 70 • Prekäre bzw. atypischen Beschäftigungsverhältnisse müssen weiter und
71 stärker gesenkt werden. Mittel- bis langfristig sind diese
72 Arbeitsverhältnisse in tarifgebundene Verträge zu überführen.
- 73 • Es gilt, familienfeindliche Arbeitsbedingungen zu verhindern. Junge
74 Menschen müssen eine gesicherte, berufliche Perspektive bekommen, um eine
75 solide Lebens- und Familienplanung zu ermöglichen.
- 76 • Der Sonntag muss als Tag der Familie, der Religion, der Kultur und der
77 Erholung geschützt werden.
- 78 • Eine globalisierte Arbeitswelt braucht internationale Betriebsräte analog
79 der Möglichkeit zur Bildung europäischer Betriebsräte in multinational
80 agierenden Unternehmen. Nur so kann erreicht werden, dass auch in
81 ausländischen Niederlassungen angemessene Löhne bezahlt und faire
82 Arbeitsbedingungen geschaffen werden.
- 83 • Die Regelungen der kirchlichen Mitarbeitervertretungsordnung bleiben
84 leider in weiten Bereichen hinter den staatlichen Gesetzen zurück. Den
85 Kirchen wäre es durchaus zumutbar, die staatlichen Regelungen zur
86 betrieblichen Mitbestimmung bzw. zur Unternehmensmitbestimmung
87 entsprechend der katholischen Soziallehre / christlichen
88 Gesellschaftslehre anzuwenden.
- 89 • Die freie Wahl des Arbeitsplatzes ist europaweit zu fördern. Dabei ist
90 jedoch die konsequente Einhaltung sozialer Mindeststandards, die bspw. in
91 der Sozialcharta des Europarates verankert sind, unumgänglich. Sie sind
92 Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb in Europa und die Durchsetzung
93 menschenwürdiger Arbeitsbedingungen auf einem hohen Sozialstandardniveau.

94 Insbesondere muss auch hier der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche
95 Arbeit am gleichen Ort“ gelten.

- 96 • Durch die Digitalisierung der Arbeitswelt stehen Unternehmen in der
97 besonderen Verantwortung, in eine adäquate Aus- und Weiterbildung zu
98 investieren. Stetiger technologischer Fortschritt erfordert ein
99 lebensbegleitendes Lernen.
- 100 • Auch der Staat ist durch die Digitalisierung gefordert: Er muss
101 sicherstellen, dass sowohl im Bildungssystem sowie in die Infrastruktur
102 flächendeckend und nachhaltig investiert wird. Denn Bildung ist der
103 Schlüssel, um zu verhindern, dass Menschen durch die Digitalisierung
104 sowohl in der Gesellschaft als auch in der Arbeitswelt abgehängt werden.

Begründung

Mit dem Erstarken der AfD ist unsere Demokratie gefährdet. Das KWD ist deshalb zur Positionierung aufgefordert. Im Rahmen der Stärkung der Demokratie sollten wir nicht nur gesellschaftliche und politische Aspekte, sondern auch ökonomischen Faktoren stärker in unsere Positionierungen und Aktionen einbeziehen. Die wirtschaftliche Stabilität und soziale Gerechtigkeit sind wesentliche Grundlagen einer funktionierenden Demokratie. Soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Benachteiligung führen häufig zu politischer Unzufriedenheit, Populismus und Demokratieverdrossenheit.

Indem das Kolpingwerk ökonomische Aspekte in den Blick nimmt, können wir gezielter auf die Herausforderungen einer sozialen Marktwirtschaft eingehen, Chancengleichheit fördern und die gesellschaftliche Teilhabe stärken. Dadurch leisten wir einen umfassenden Beitrag zur Förderung einer lebendigen und resilienten Demokratie.